



**Landesbezirk Rheinland-Pfalz**

Nr. 29 Mainz, 14.9.2011

## **...Desaster bei der Bepo vorprogrammiert...!**

Einer der aktuellen Einsparvorschläge des ISIM zur Gestaltung des Sachhaushaltes der Polizei sieht vor, dass die Bewachung der Bepo-Liegenschaften in Rheinland-Pfalz zukünftig wieder mit Polizistinnen und Polizisten ausgestaltet werden soll. „Hier zieht man das Tischtuch in eine Ecke des wackelnden Tisches und verkennt, dass andere Ecken blank werden!“, kommentiert der stellvertretende GdP-Landesvorsitzende Helmut Knerr in einer ersten Stellungnahme diesen Vorschlag.

Seit 1. April 2001 ist die Bewachung der BP-Liegenschaften durch Verträge mit einem privaten Sicherheitsdienst geregelt und Bepo-Kräfte konnten für Kerngeschäfte der Polizei freigesetzt werden. Nun wird das Rad zurückgedreht und Einsparungen in Höhe von rund 100.000 Euro/Monat für den gesamten Sicherheitsdienst vorgenommen. Derzeit sind für die GdP die weiteren Auswirkungen im Detail noch nicht umfänglich erkennbar.

Die Einsatzfähigkeit und vielfältigen Unterstützungsmöglichkeiten der Bepo stehen mit diesem Vorhaben auf dem Spiel. Mit dieser Maßnahme werden eine Masse von Polizistinnen/Polizisten gebunden, die dann für den Dienst in einer Einsatzhundertschaft nicht mehr zur Verfügung stehen. Neben den bereits vorhandenen Personalbindungen der Bepo wird diese Personalverschwendung das Minus bei den Operativkräften weiter steigern. Personelle Unterstützungen der Polizeipräsidien in Rheinland-Pfalz werden ebenso zurückgehen wie beispielsweise die notwendigen Einsatzunterstützungen durch geschlossene Einheiten in anderen Bundesländern. Das Bund-Länder-Abkommen zur Vorhaltung von BP-Kräften steht in Rheinland-Pfalz auf der Kippe. Daneben steht natürlich auch der Aspekt, dass mit hohem finanziellem Aufwand für die Polizeiarbeit ausgebildete FH-Absolventinnen/-Absolventen nun wieder Pförtner- und Wachdienste übernehmen und auf der Straße fehlen.

„Der Polizeiberuf wird nun endlich wieder zum Wachtmeisterdienst - dies kann auch unter Beachtung notwendiger Einsparungen nicht gewollt sein“, so Knerr weiter. GdP-Vize Knerr befürchtet nun noch weitere Auswirkungen für den Polizeibereich. „Schätzungsweise werden zwei bis drei Millionen Euro im Jahr dem eh maroden Landeshaushalt durch fehlende Einnahmen von Verwarnungsgeldern sowie finanziellen Rückvergütungen bei bundesweiten Unterstützungen verloren gehen. Notwendige Haushaltsmittel zur Beschaffung von Dienstbekleidung und Einsatzverpflegungen oder aber der finanziellen Abgeltung von Mehrarbeit sind dann auch nicht mehr zu erwarten!“